

FRAGEN

VERSTÄNDIGUNGSFRIEDEN MIT DER SPD — AUCH NACH DEM KARLSRUHER PARTEITAG NOCH MÖGLICH?

Heute antwortet Genosse Dr. Sacher:

Bekanntlich schlug Walter Ulbricht am historischen Jahrestag des Ausbruchs der beiden Weltkriege einen Verständigungsfrieden zwischen der SED und der SPD vor. Dieser Vorschlag geht davon aus, daß eine Verständigung zwischen der SED und der SPD in Westdeutschland und den Gewerkschaften in beiden deutschen Staaten die einzige Möglichkeit der schrittweisen Überwindung der deutschen Spaltung ist und daß von dieser Verständigung der Frieden in Deutschland und für Deutschland abhängt.

Nachdem allerdings die SPD-Führung auf dem Karlsruher Parteitag solche verhängnisvollen Beschlüsse gefaßt hat, die die multilaterale Atomrüstung Westdeutschlands und die Notstandsgesetzgebung unterstützen und befürworten, fragen sich viele Bürger unserer Republik, ob es überhaupt noch sinnvoll sei, an der Politik eines Verständigungsfriedens festzuhalten.

In der Tat ist es schwer, sich vorzustellen, daß es mit dem reaktionären Flügel der SPD-Führung, der sich um solche Leute wie Wehner und Erler gruppiert, zu einer Verständigung im Interesse der Lösung der wichtigsten Fragen der deutschen Nation kommen könnte.

Aber darum geht es in der Politik des Verständigungsfriedens nicht.

Die SPD übt als die größte politische Partei Westdeutschlands einen starken Einfluß auf die westdeutschen Arbeiter aus. Die westdeutschen Arbeiter und Bauern sind aber unsere natürlichen Verbündeten.

Wenn es auch heute noch in weiten Kreisen der westdeutschen Arbeiterschaft große ideologische Verwirrung gibt und viele westdeutsche Arbeiter dem Antikommunismus ausgesetzt sind, so ändert diese Tatsache nichts daran, daß die Interessen der Arbeiter der DDR und die Interessen der westdeutschen Arbeiter die gleichen sind. Die westdeutschen Arbeiter wollen und brauchen den Frieden ebenso wie wir.

Deshalb betrachten wir es als unsere Pflicht, den westdeutschen Arbeitern behilflich zu sein, neue notwendige Wege zur demokratischen Umgestaltung Westdeutschlands zu finden.

Wir erklären den Arbeitern in Westdeutschland, daß die Lösung der nationalen Frage von der Verständigung der SED und der SPD sowie der Gewerkschaften beider deutscher Staaten abhängt. Entweder verständigen sich die

Arbeiterparteien und die Gewerkschaften miteinander, oder es wird keine Wiedervereinigung Deutschlands geben.

Wir behaupten und haben nachgewiesen, daß für ein gutes Leben der Bevölkerung unserer Republik, für den weiteren wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg der DDR die Wiedervereinigung Deutschlands nicht die Voraussetzung ist. Wir haben eine klare Perspektive, unsere Wirtschaft ist gefestigt, wir sind eng verbunden mit dem sozialistischen Weltsystem, der Freundschaftsvertrag bildet eine Grundlage für die stabile Entwicklung unserer Republik auf lange Zeit.

Dennoch schreiben wir die Wiedervereinigung Deutschlands nicht ab. Wir halten sie für notwendig und betrachten sie als wichtige nationale Aufgabe.

Die klassenbewußten Arbeiter fühlen sich in der Geschichte Deutschlands schon immer für das Schicksal der ganzen deutschen Nation verantwortlich. Uns ist es durchaus nicht gleichgültig, ob die westdeutschen Rüstungskonzerne, Militaristen und Revanchisten ihre Positionen in Westdeutschland weiter stärken oder ob die westdeutsche Arbeiterklasse zusammen mit den anderen Friedenskräften die Macht der Monopole bricht und damit verhindert, daß von deutschem Boden noch einmal ein Krieg ausgeht.

FASSEN WIR ZUSAMMEN:

Die Orientierung auf die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation ermöglicht, alle fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland zusammenzuführen, um auf diesem Wege die grundlegenden Bedingungen für die Einheit eines friedliebenden Deutschlands auch in der Bundesrepublik zu schaffen. Worin bestehen diese Bedingungen?

Westdeutschland muß selbst erst einmal ein friedliebender demokratischer Staat werden. Das erfordert heute, daß die Friedenskräfte, an der Spitze die Arbeiterklasse, endlich eine klare Alternative zur Politik der Ultras besitzen, damit gegen den Widerstand der Monopole demokratische Verhältnisse geschaffen werden. Das wird im Prozeß des Kampfes um die Verhinderung der Atomrüstung und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten erfolgreich möglich sein. So entsteht ein demokratisches Westdeutschland, mit dem z. B. die deutsche Konföderation möglich ist. Die Wiedervereinigung könnte dann schrittweise verwirklicht werden.

Die SPD, die einen großen Einfluß auf die westdeutschen Arbeiter hat, ist auf dem Karlsruher Parteitag ihrer nationalen Verantwortung nicht gerecht geworden.

Die Herstellung eines Verständigungsfriedens zwischen der SPD und SED, zwischen den Gewerkschaften bleibt gerade deshalb weiterhin eine Hauptaufgabe zur Sammlung und Stärkung der Kräfte der deutschen Arbeiterklasse.

Der Verständigungsfrieden würde die fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse vereinen und wäre damit der Schlüssel zur Wiedervereinigung.

Aus diesem Grunde ist der Vorschlag des Zentralkomitees der SED für einen Verständigungsfrieden mit der SPD von so großer, prinzipieller Bedeutung. Es handelt sich hierbei um den Appell an die Mitglieder und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sowie der Gewerkschaften in Westdeutschland, sich ihrer Verantwortung für die Zukunft Westdeutschlands und für das Schicksal ganz Deutschlands bewußt zu werden. Eingedenk dieser gemeinsamen Verantwortung der Arbeiter gilt es auch, gemeinsam die vorrangigsten Aufgaben zur Sicherung des Friedens, zur Herbeiführung von Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten zu erfüllen.

In den letzten Wochen haben sich viele Funktionäre der SPD und der westdeutschen Gewerkschaften dafür ausgesprochen, daß die Arbeiterorganisationen der Bundesrepublik für eine neue Deutschlandpolitik, für Verständigung mit der DDR eintreten. Solche Forderungen erhoben 500 Betriebsräte auf einer Konferenz in Essen, Delegierte der Bundesfrauenkonferenz der IG Metall in Nürnberg, Jugendfunktionäre auf der Bundesjugendkonferenz der IG Bergbau-Energie in Duisburg, Jungsozialisten in Bayern usw.

Es wächst die Bereitschaft sozialdemokratischer Funktionäre zu Gesprächen mit Mitgliedern und Funktionären der SED. Heute können wir auch westdeutsche Sozialdemokraten als Gäste in unserer Republik begrüßen, die vor wenigen Monaten noch geögert haben, eine Reise in den sozialistischen deutschen Staat zu unternehmen. Bei all diesen Besuchen und Studienreisen wird eines deutlich sichtbar:

Der beste Beitrag, den wir, die Arbeiter, die Bauern, die Angehörigen der Intelligenz in der DDR, für die Wiedervereinigung Deutschlands leisten können, die beste Hilfe, die wir den Arbeitern und allen fortschrittlichen Kräften in der Bundesrepublik zu geben vermögen, ist die vorbildliche Erfüllung der Aufgaben in unserer Volkswirtschaft, die allseitige Stärkung unserer Deutschen Demokratischen Republik auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.



Für seine baugebundene Plastik „Junger Bauarbeiter“ (Gips getönt) erhielt der an der Technischen Universität lehrende Diplombildhauer Genosse Walter Howard den Kunstpreis des FDGB für 1964. Lesen Sie bitte dazu unser Interview auf Seite 6. Foto: Deutsche Akademie der Künste



Das Komitee für Touristik und Wandern teilt allen Studenten sowie der Belegschaftsjugend der TU mit, daß wir in den Semesterferien wieder unsere Winterlager durchführen, und zwar in Altenberg vom 1.-6. März 65 und in Johanneberg vom 1.-7. März 65: Der Teilnehmerpreis beträgt 50,- MDN bzw. 60,- MDN.

Wie es schon in den früheren Lagern des KTW üblich war, so werden auch diesmal von den Teilnehmern die Bedingungen für das Touristenabzeichen abgeleitet, sofern es nicht schon vorhanden ist. Erfahrene Skilehrer erteilen an den Vormittagen Skilunterricht. Anmeldungen für beide Winterlager nehmen wir am Montag, dem 11. 1. 65, von 16-17 Uhr, und am Freitag, dem 15. 1. 65, von 16-17 Uhr, in der FDJ-Baracke, Zimmer 10, entgegen. Geschlossene Gruppen werden bevorzugt angenommen.

Allen frohes Fest!

Der Universitätsvorstand der Gesellschaft für Sport und Technik der Technischen Universität Dresden wünscht allen Kameradinnen und Kameraden der GST der TU sowie allen Jugendfreunden ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes neues Jahr.

Der Universitätsvorstand der GST

BITTE BERICHTIGEN!

In unserer Ausgabe 21/64 sind einige Übertragungsfehler unterlaufen. Im Artikel von Dr. Dieter Teichmann (Seite 4) Sp. 1, 1. Absatz, muß es ... das reine, also isolierte technische Wissen ... heißen. In Spalte 3, Anfang des 4. Absatzes, muß es statt: Das experimentelle Wachstum ... richtig: Das exponentielle Wachstum ... heißen.

Im Artikel „NAW-Reporter“ (Seite 5) bitten wir im 4. Absatz die Worte „in diesem Jahr“ zu streichen.

Redaktionschluß

für Nr. 1/1965 der „UZ“

ist am 9. Januar 1965

Herausgeber: SED-Universitätsparteileitung der Technischen Universität Dresden, Redaktion: Dresden, A 71, Reichenhainstraße 4, Telefon: Elwahl 63 87 81 91 und 82 81, Soz. L. V.: Thomas Gröbel, Foto, soweit nicht anders vermerkt: TU Bildstelle. Für unverlangt eingereichte Manuskripte usw. wird keine Haftung übernommen. Veröffentlichung unter der Lizenznummer 21 beim Rat des Bezirks Dresden. Druck: (11/1964) SB-Scheide Zeitung, Dresden, Julian-Grimm-Allee.

Rechtzeitig daran denken!

Zur Aufrechterhaltung der Ansprüche auf Steuerermäßigung wird um Vorlage der erforderlichen Unterlagen gebeten, und zwar für

1. Befristete Steuerermäßigungen bei erhöhtem Aufwand
 2. Elternermäßigung bei Bezug einer Mindestrente von 129,00 MDN
 3. Kinderermäßigung in Sonderfällen (Pflege- und Enkelkinder, Kinder aus geschiedenen Ehen, uneheliche Kinder)
 4. Leicht-, Schwer- und Schwerstbeschädigte
- in der Zeit vom 10. 1.-25. 2. 65 -

Die Ausgabe von Gehalts- und Honorar-Verdienstbescheinigungen für Anträge auf Steuerrückstattung wird ab 10. 2. 65 auf schriftlichen Antrag vorgenommen.

Die Unterschrift auf die Lohnstammkarte 1965 ist vom 15. 1.-31. 3. 65 von allen Mitarbeitern zu leisten. Für alle Mitarbeiter, die Barzahlung, Lohn bzw. Gehalt erhalten, werden die Stammkarten bei den monatlichen Zahlungen in dieser Zeit in der zuständigen Zahlstelle zur Unterschrift vorgelegt.

Voigt,
Leiter der Abteilung Haushalt

Unsere VOLKSPOLIZEI berichtet

Die Mitarbeiter des Volkspolizeireviere Dresden-Süd möchten auf diesem Wege der Redaktion danken, um die Möglichkeit zu geben, Artikel in ihrer Zeitung zu veröffentlichen.

Wir wollen auf diesem Wege mit den Studenten und Mitarbeitern der Technischen Universität Kontakte herstellen, um entsprechend den Forderungen des Rechtspflegegesetzes gemeinsam den Kampf gegen Gesetzesverstöße, Ordnungswidrigkeiten, ihre Ursachen und begünstigenden Bedingungen zu führen.

Aus dem Staatsratserlaß über die erweiterte Rechtspflege ergibt sich für jeden einzelnen Bürger unseres Staates die Pflicht, sowohl an der Vorbeugung und Verhinderung sowie an der Aufdeckung und Aufklärung von Straftaten und an der Erziehung von Rechtsbrechern überall aktiv mitzuwirken.

Die Vorkommnisse im Bereich der Technischen Universität in den letzten Jahren und Monaten zeigen, daß ein großer Teil Studenten und Mitarbeiter noch ungenügend diesen staatsbürgerlichen Pflichten nachkommt.

Dies soll daran bewiesen werden, daß in der relativ hohen Gesamtzahl angezeigter Straftaten nur vereinzelt die Geschädigten ihr Eigentum ordnungsgemäß gesichert hatten. Sie gingen aber sehr leichtfertig mit ihrem Eigentum um. In der Hauptsache werden Brieftaschen und Geldbörsen mit Inhalt in den Kleiderkasten stecken gelassen, welche in unbeaufsichtigten und unverschlossenen Garderobekästen bei den Hörsälen abgelegt werden. Der größte Teil der Geschädigten mußte bei der Anzeigenaufnahme angeben, daß nicht nur Bargeld, sondern auch Scheckheft mit Sicherungskarte, Postsperrbücher mit Sicherungskarte, Sperrbücher im Freizugverkehrsverkehr, wichtige Dokumente und sogar der Personalausweis mit ent-

wendet wurden. Weiter wurde festgestellt, daß Studenten ihre Unterkünfte und Mitarbeiter im Bereich der Technischen Universität ihre Dienstzimmer beim Verlassen nicht verschließen. Im Bereich der Technischen Universität wird ferner von einer relativ großen Anzahl Personen Geld verwaldet. Dabei handelt es sich um die verschiedensten Arten von Kassen mit unterschiedlichen Beträgen. Die Geldbeträge befinden sich aber oft in Briefumschlägen, Pappschächeln und Zigarrenkästen! Sie werden nicht selten in unverschlossenen Schreibtischen aufbewahrt und sind somit dem Zugriff Unbefugter ausgesetzt. Auch wertvolle technische Geräte und Lehrmittel werden nicht immer unter Verschluss gelagert und oft ohne Kontrolle für Experimente überlassen.

Die festgestellten und hier aufgezeigten Fakten sind Mängel der sozialistischen Disziplin und Ordnung, die das sozialistische Gemeinschaftsleben stören. Sie hemmen die Erfüllung der Aufgaben der Universität und führen zu Konflikten einer Vielzahl von Einzelpersonen. Abgesehen vom materiellen Schaden, wird damit negativen Elementen geradezu die Begehung von Straftaten schmackhaft gemacht. Entsprechend seinen staatsbürgerlichen Pflichten sollte jeder Student und Mitarbeiter der Universität ständig an sich Erziehungsarbeit üben, um ein Höchstmaß an Disziplin und Ordnung zu garantieren und dabei ständig auf seinen „Nebemann“ positiv einwirken. Dabei wird den gesellschaftlichen Organisationen der Hauptanteil der Erziehung zufallen, wobei die Beseitigung der verbrechensbegünstigenden Umstände die Erziehung und Bildung positiv beeinflussen wird. Nur so wird die Vorbeugung zur Verhinderung von Straftaten dazu führen, daß die Kriminalität schrittweise zurückgedrängt und epä-

ter völlig aus dem gesellschaftlichen Leben im Bereich der Universität beseitigt wird.

Die Erfahrungen aus der Bearbeitung der in den letzten Monaten angefallenen Straftaten hatten zur Folge, daß sich die Zusammenarbeit der Kriminalpolizei mit einer beträchtlichen Anzahl von Mitarbeitern der Universität verbesserte. So ist gewährleistet, daß jede Straftat der Kriminalpolizei bekannt wird, was für die analytische Tätigkeit wichtig ist. Auch die Unterstützung und Zuarbeit von verschiedenen Dienststellen der Universität ist als gut zu bezeichnen.

Dies zeigt, daß die Mitarbeiter der TU ein reges Interesse für die Beseitigung der Kriminalität aufbringen. Gegenwärtig aber kann man sich mit dem Stand der Mitarbeit der Studenten nicht zufriedengeben.

Wir stellen uns vor, daß die Vielzahl der technisch hochgebildeten Mitarbeiter und Studenten der Universität sehr brauchbare Mittel und Methoden zur Ergreifung von Tätern auf frischer Tat entwickeln können, die in Verbindung mit der Volkspolizei zur Anwendung gelangen könnten. In diesem Zusammenhang wäre auch zu erwägen, ob eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden ist, oder ob bestehende Gruppen der Sicherheit und Ordnung oder Verkehrssicherheitsaktivs in der Aufgabenstellung erweitert werden. Ihre Vorschläge zu diesen Problemen bitten wir Sie bei der Redaktion Ihrer Zeitung abzugeben. Die Volkspolizisten unserer Dienststelle sind gern bereit, in solchen Kollektiven mitzuwirken.

Die Kriminalität ist eine gesellschaftliche Erscheinung, die vielgestaltige Beziehungen zum gesellschaftlichen Leben in allen Bereichen hat. Deshalb ist die Beseitigung der Kriminalität eine zwingende Notwendigkeit im Stadium des Aufbaus des Sozialismus und Ausdruck der Überlegenheit des Sozialismus gegenüber der alten bürgerlichen Gesellschaft.

Verwirklichen wir gemeinsam die Forderungen des Staatsratserlasses!

kurz+wichtig

Neuer Fahrweg für Linie 72

In Auswertung von Eingaben der Bevölkerung und der Institute der Technischen Universität wurde nach einer zweiten Einwohnerversammlung am 9. Dezember 1964 festgelegt, daß die Kraftomnibuslinie 72 (früher Linie D) ab sofort auf folgenden neuen Fahrwegen verkehrt:

- Luga
- Ernst-Thälmann-Platz
- Hauptbahnhof (Strehlener Str.)
- Parkstraße
- Richard-Strass-Platz
- Ernst-Thälmann-Platz
- Südhöhe
- Mockritz
- und zurück.

Damit erfüllt also die Verbindung auf dieser Linie zwischen Hauptbahnhof und Fritzsche-Platz.

Die Verkehrsbeobachtungen der letzten Zeit haben ergeben, daß die Straßenbahnverbindungen zwischen Hbf. und dem Nürnberger Platz (Linien 4, 6, 15, 53) noch aufnahmefähig sind. Wir bitten deshalb darum, daß die Angehörigen der Universität diese Linien benutzen, um die Kraftomnibuslinie 76 (früher Linie H) weitgehend zu entlasten.

VKB (K) Verkehrsbetriebe der Stadt Dresden

MITTEILUNGEN

der Hauptabteilung Fern- und Abendstudium der TU Dresden

Nr. 12 Dezember 1964

Hauptfachrichtung Ingenieurökonomik:

Betr.: IO XII und IO XIII
Fach: „Recht der sozialistischen Wirtschaft und Arbeitsrecht“
Da die Lehrbriefe Arbeitsrecht weitgehend veraltet sind, empfiehlt der Lehrstuhl, daß die Fernstudenten o. g. Matrikel nach der Broschüre von Kranke/Otto/Reeck „Kennst Du das Gesetzbuch der Arbeit?“ Verlag Tribüne Berlin (überarbeitete Neuauflage), Preis 2,40 MDN, studieren.

Hauptfachrichtung Maschinenwesen/Technologie:

Betr.: XI. und XII. Matrikel, FR 1, 3, 4, 12
Für das Studium des Faches „Wärmetechnische Maßverfahren“ ist das Lehrbuch Faltin „Maßverfahren und Meßgeräte der Kraft- und Wärmewirtschaft“ vorgesehen. Wie wir von Fernstudenten erfahren haben, ist dieses Buch vergriffen. An Stelle dieses Lehrbuches kann studiert werden: Oehmichen: Maschinenuntersuchungen, Teil I

B. G. Teubner, Verlagsgesellschaft Leipzig, 1. oder 2. Auflage.
Betr.: Matrikel A XII M/T, A XI M/T, F XI M/T

Alle Ausarbeitungen „Maschinenlabor II“, die ohne Angabe der Fachrichtungsnummer eingereicht wurden, können erst im 5. SK zurückgegeben werden. Es ist uns beim besten Willen nicht möglich, die Anschrift herauszugeben, wenn die Studiennummer nicht vollständig ist.

„Universitätszeitung“ Seite 5